

Antrag

der Abgeordneten Frau Schmidt-Bott und der Fraktion DIE GRÜNEN

Beendigung der Volkszählung 1987

Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die Volkszählung 1987 gescheitert ist. Über 10 % der Bürger/innen in den Großstädten und bis zu 5 % in den ländlichen Gebieten haben bis heute ihre Volkszählungsbögen nicht an die Erhebungsstellen zurückgeschickt bzw. noch keine Fragebögen erhalten.

Von den in den Erhebungsstellen vorliegenden Fragebögen sind bis zu 60 % falsch oder unvollständig ausgefüllt.

Der dem Deutschen Bundestag angekündigte Zeitplan für die Volkszählung konnte nirgendwo im Bundesgebiet eingehalten werden.

Vier Monate nach dem Stichtag 25. Mai ist es offensichtlich, daß die Volkszählung gescheitert ist. Es ist deshalb überflüssig, wenn derzeit immer noch Erhebungsstellen versuchen, Auskünfte von Bürger/innen nachzutragen oder auch erneut Zähler/innen zu entsenden.

Der Zweck der stichtagsbezogenen Erhebung kann vier Monate nach dem Stichtag nicht mehr erreicht werden.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich gemeinsam mit den Ländern dafür einzusetzen, die Volkszählung 1987 umgehend zu beenden.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, daß alle Zwangsgeld- und Bußgeldverfahren eingestellt, Zwangs- und Bußgeldbescheide aufgehoben, Zwangs- und Bußgelder zurückerstattet sowie alle Strafverfahren im Zusammenhang mit der Volkszählung eingestellt werden.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich gemeinsam mit den Ländern dafür einzusetzen, daß alle bisher in den Erhebungsstellen vorliegenden Fragebögen unverzüglich vernichtet werden.
4. Die Speicherung von Daten der als Volkszählungsgegner bekannten Personen im Zusammenhang mit Ermittlungen der

Sicherheitsbehörden in den Dateien des Bundeskriminalamtes, der Landeskriminalämter sowie des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der Landesämter für Verfassungsschutz, soweit sie dort geführt werden, sind zu löschen.

5. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich gemeinsam mit den Ländern dafür einzusetzen, daß alle Erhebungsstellen nach Abschluß der Volkszählungs-Beendigungsarbeiten sofort geschlossen werden.

Bonn, den 8. Oktober 1987

Frau Schmidt-Bott
Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion